

Donnerstag
8. August 2013

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 181 – Auflage 188 602

Sommerserie Professor Daniel Thürrer im Gespräch mit seinem Neffen, dem TA-Nachrichtenchef. 6, 7

Tourismus Zürich ist bei Chinesen äusserst beliebt. Doch wie weit sollen wir als Gastgeber uns anpassen? 13

Marokko Hektik auf dem Basar von Marrakesch, herrliche Ruhe in der Wüste. 22



Die Schweiz stösst sich nicht an ihren gedopten Stars von einst



Foto: Eddy Risch (RDB)

Werner Günthör, in den 80er- und 90er-Jahren dreifacher Weltmeister im Kugelstossen, dopte mit Anabolika. Während in Deutschland alte Vergehen aufgearbeitet werden, schaut man hierzulande lieber weg. – *Kommentar Seite 2, Bericht Seite 40*

Kopf des Tages

Lauflegende Haile Gebrselassie will Politiker werden. – *Seite 9*

Beilage



Spektakel am See:
Verdis «Aida» in Pfäffikon

Heute

Grossbritannien/Spanien
Rajoy und Cameron greifen in die Gibraltar-Krise ein

Die Spannungen zwischen Spanien und Grossbritannien um die britische Exklave Gibraltar halten an. In einem Telefongespräch haben der britische Premier David Cameron und sein spanischer Amtskollege Manuel Rajoy die Differenzen gestern zwar besprochen, aber nicht bereinigen können. – *Seite 8*

Steuerhinterziehung
Hat Uli Hoeness noch mehr Geld in der Schweiz versteckt?

Im Fall Hoeness hat sich ein Whistleblower zu Wort gemeldet, demzufolge der Präsident des FC Bayern München weit höhere Summen in der Schweiz versteckt haben soll, als bisher bekannt war. Neben Vontobel sollen drei weitere hiesige Banken in die Angelegenheit verwickelt sein. – *Seite 33*

Kommentare & Analysen

«Es wird Zeit, in neues Handwerk zu investieren: Stil, Überraschung und Schönheit.»

Constantin Seibt über die einzige kluge Strategie in der anhaltenden Zeitungskrise. – *Seite 9*

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	18
Fernsehprogramme	26, 27
Rätsel	31
Börse	36

Nationalbank muss immer mehr grosse Scheine drucken

Der Boom der 1000er-Note hängt laut Experten mit dem Abzug von Schwarzgeld zusammen.

Von Christian Brönnimann, Bern

Die Nachfrage nach 1000-Franken-Noten ist so gross wie noch nie. Der Bestand im Umlauf stieg innerhalb der letzten zwei Jahre um über ein Viertel. So macht der Wert der 1000er-Scheine inzwischen mehr als 60 Prozent des gesamten Notenumlaufs aus. Zum Vergleich: Im Euroraum hat der grösste Schein (500 Euro) lediglich einen Anteil von gut 30 Prozent.

Wozu das neu ausgegebene Schweizer Bargeld verwendet wird, weiss die Nationalbank nicht genau. Experten vermuten, dass es vermehrt als Wertaufbewahrungsmittel dient. Gleichzeitig gehen sie davon aus, dass auch die Weissgeldstrategie ihren Teil zur Entwicklung beiträgt. Gerade ausländische Bankkunden kämen wohl auf die Idee, Schwarzgeld in bar abzuheben, bevor Banken ihre Daten herausgäben, sagt Daniel Thelesklaf, Leiter der Stabsstelle zur Geldwäschereiabwehr im Fürstentum Liechtenstein.

Ob die Entwicklung auch auf eine verstärkte Geldwäschereitätigkeit schliessen lässt, kann die zuständige schweizerische Meldestelle MROS nicht abschätzen. Der Stelle würden zwar verdächtige Bargeldtransaktionen gemeldet, sagt

eine Sprecherin. Jedoch werde nicht erhoben, aus welchen Noten sich die Beträge zusammensetzten.

Linke wollen 1000er abschaffen

Weil der hohe Wert der 1000-Franken-Scheine den Transport von grossen Summen Bargeld erleichtert, wollen linke Politiker nun die Note abschaffen. «Der hohe Wert unterstützt ganz klar illegale Praktiken», sagt SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen. Deshalb werde sie im Rahmen der anstehenden Revision des Geldwäschereigesetzes eine tiefere Stückelung verlangen.

Rechts kommt der Vorschlag nicht gut an: Es sei völlig legitim, Vermögen als Bargeld zu lagern, sagt SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Das müsse man nicht künstlich erschweren. Der Anstieg des Bargeldbestands zeuge nicht von illegalen Praktiken, sondern vom Misstrauen der Leute gegenüber Banken.

Experte Thelesklaf bezweifelt, dass die Abschaffung des höchsten Notenwerts tatsächlich Steuerbetrug oder Geldwäscherei verhindern könnte. Es gebe kaum dokumentierte Fälle, die zeigten, dass die Verbrecher zwingend auf die grossen Noten angewiesen seien, sagt er. – *Seite 3*

Internet begünstigt Impfskepsis

Auch im Juli hat das Bundesamt für Gesundheit wieder 58 Masernfälle registriert. Im gleichen Vorjahreszeitraum waren es nur 2. Betroffen ist vor allem die Zentralschweiz, wo die Impfskepsis weit verbreitet ist. Tatsächlich sind hauptsächlich Ungeimpfte betroffen. Experten rätseln über die Gründe der Impfverweigerung. Gemäss der Psychologin Cornelia Betsch, die an der deutschen Universität Erfurt Impfentscheidungen von Eltern erforscht, haben impfkritische Websites einen grossen Einfluss. Betsch konnte in einer Studie zeigen, dass schon fünf bis zehn Minuten Verweildauer auf einschlägigen Sites die

subjektive Wahrnehmung von Impfrisiken erhöhten. Dies wiederum veranlasst viele Eltern dazu, die Masernimpfung ihrer Kinder zu verschieben oder ganz bleiben zu lassen. Gemäss Empfehlung des schweizerischen Impfplans sollten Kinder bereits im Alter von 12 Monaten erstmals geimpft werden. Erst kürzlich hat der Bundesrat eine Strategie zur Elimination der Masern ausgegeben. Ziel ist es, die Infektionskrankheit bis 2015 gänzlich auszurotten. Ein wichtiger Pfeiler der Strategie ist die Erhöhung der Durchimpfungsrate auf 95 Prozent. Diese liegt in der Schweiz nach wie vor bei nur 82 Prozent. (mma) – *Seite 32*

Obama sagt Treffen mit Putin ab

Barack Obama hat aus Verärgerung über das russische Asyl für Ex-US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden ein geplantes Treffen mit Kreml-Chef Wladimir Putin abgesagt. Zwar hätten beide Staaten zusammen einiges erreicht, erklärte das US-Präsidialamt. Bei anderen Themen wie Raketenabwehr, Abrüstung, Handelsbeziehungen, Fragen der globalen Sicherheit und der Menschenrechte mangle es aber an Fortschritt. Ein Vertreter des russischen Präsidialamtes nannte die Entscheidung in einer ersten Reaktion enttäuschend. Obama sollte sich anlässlich des G-20-Gipfels in St. Petersburg zu einem Gespräch mit Putin in Moskau treffen. (Reuters) – *Seite 8*

Frühpensionierung mit 56 bei Swiss Re

Stefan Lippe, der ehemaliger CEO, ist auch 18 Monate nach seiner offiziellen Verabschiedung noch immer Angestellter der Swiss Re. Eine geplante frühzeitige Pensionierung scheiterte letztes Jahr, weil die gesetzlichen Bestimmungen Pensionierungen erst mit 58 Jahren zulassen – Lippe war beim Rücktritt 56. Um doch noch eine Lösung zu finden, wurde eine Ausnahmebestimmung bemüht, wonach es möglich ist, bei Erwerbsaufgabe nach Restrukturierungen weiter versichert zu bleiben. Im Fall Lippe bedeutet dies, dass er aufgrund einer Neuorganisation, die er selber veranlasste, zu einer Frühpensionierung kommt. (ar) – *Seite 33*



9 771422 999005

Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo–Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Schweiz

Linke wollen 1000er-Note abschaffen

Heute ist ein Viertel mehr 1000er-Noten im Umlauf als vor zwei Jahren. Nun fordern linke Politiker, die grosse Note sei aus dem Verkehr zu ziehen. So wollen sie Steuerbetrug und Geldwäscherei erschweren.

Von Christian Brönnimann, Bern

Schweizer Bargeld ist gefragt denn je. Aktuell sind gemäss Statistik der Nationalbank rund 60 Milliarden Franken in Form von Banknoten im Umlauf, und es werden immer mehr. Das Erstaunliche: Mehr als 60 Prozent des gesamten Wertes decken die 1000er-Noten ab, obwohl sie im Alltag kaum Verwendung finden. Der Bestand der grössten Note stieg besonders in den vergangenen Jahren noch einmal überdurchschnittlich stark an. Der Statistik zufolge waren im Mai 36,4 Millionen 1000er-Noten im Umlauf. Das sind 11 Prozent mehr als im Vorjahresmonat und sogar 26 Prozent mehr als im Mai 2011.

Die Nationalbank folgert daraus, dass Schweizer Banknoten nicht nur als Zahlungsmittel, sondern «in erheblichem Umfang auch als Wertaufbewahrungsmittel» verwendet werden. Seit der ersten Finanzkrise im Herbst 2008 sei wohl auch das Vertrauen ins Bankensystem verloren gegangen, sagt Sprecher Walter Meier. Manch ein Sparer oder Anleger erachte es wohl als angebracht, einen Teil der Ersparnisse in Franken-Bargeld aufzubewahren, auch im Ausland.

Und dazu eignet sich die 1000-Franken-Note bestens. Hinter der 10 000-Singapur-Dollar-Note (ca. 7500 Franken) ist sie der zweitwertvollste Geldschein überhaupt.

Geld der Kontrolle entziehen

Dass das Schweizer Bargeld gerade in Krisenzeiten als sicherer Hafen geschätzt wird, ist eine Erklärung für die Entwicklung. Eine andere Interpretation ist weniger schmeichelhaft: Die Bargeldzunahme könne auch damit zusammenhängen, dass versucht werde, Geld der verstärkten Kontrolle der Banken zu entziehen, sagt Hans-Peter Bauer, Geldwäschereiexperte beim Basel Institute of Governance. Die Weissgeldstrategie könnte den Bargeld-Boom also noch befeuert haben. Unter dem Strich sei wohl eine Summe von Gründen für die Entwicklung verantwortlich, sagt Bauer.

Diese Einschätzung teilt Daniel Thelesklaf, Leiter der Stabsstelle zur Geldwäschereiabwehr im Fürstentum Lichtenstein. Auch er glaubt, dass ein Teil der Zunahme dadurch begründet sei, dass Bankkunden unversteuertes Vermögen bar abziehen. Gleichzeitig gibt Thelesklaf zu bedenken, dass Banken sehr zurückhaltend geworden seien, wenn jemand grosse Bargeldsummen beziehen oder neu platzieren wolle. Es sei heutzutage schwierig, Beträge von mehreren Hunderttausend oder Millionen Franken wieder in Umlauf zu bringen, sagt Thelesklaf.

500-Euro-Note für Kriminelle

Nichtsdestotrotz gibt der hohe Bestand von 1000-Franken-Noten linken Finanzpolitikern zu denken. Sie sei schockiert von den Grössenverhältnissen, sagt die Berner SP-Nationalrätin Margaret Kiener Nellen. Der hohe Wert der einzelnen Note unterstütze illegale Praktiken, weil er den Transport von grossen Barsummen erleichtere. In der



Die 1000er-Note ist laut der Nationalbank wichtig für den Auto-Occasionsmarkt und den Viehhandel. Foto: Martin Rütschi (Keystone)



S. Leutenegger.



M. Kiener Nellen.

Tat lässt sich 1 Million Schweizer Franken in 1000er-Noten beispielsweise ohne weiteres in zwei 1-Liter-Tetrapacks verstecken.

Bei dieser grossen Menge an 1000er-Noten müsse etwas unternommen werden, sagt Kiener Nellen. Deshalb wolle sie in der anstehenden Revision des Geldwäschereigesetzes die Forderung einbringen, die 1000-Franken-Note sei abzuschaffen. Auch für Parteikollegin Susanne Leutenegger Oberholzer haben die grossen Noten ausgedient. Im Zeitalter des elektronischen Geschäfts- und Zahlungsverkehrs seien sie überholt, sagt sie. Deshalb könne man die 1000er-Note schadlos abschaffen. Zudem eignen sich die Noten im täglichen Verkehr

nicht als Zahlungsmittel, da sie häufig gar nicht angenommen würden.

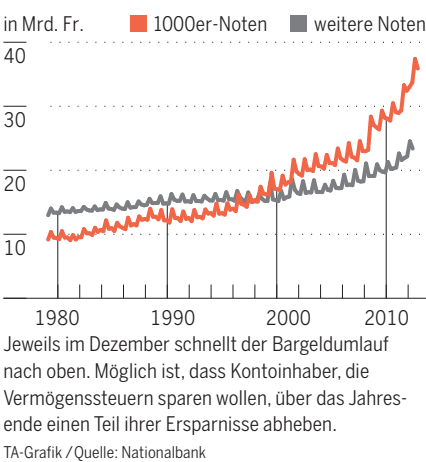
Mit der lancierten Diskussion um die Abschaffung des höchsten Notenwertes entspricht die Schweiz einem internationalen Trend. Der Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, Vítor Constâncio, hat im Frühjahr angeregt, die 500-Euro-Note abzuschaffen. In Grossbritannien ist der Schein in Wechselstuben schon gar nicht mehr erhältlich, nachdem eine Untersuchung der britischen Agentur gegen organisierte Kriminalität ergeben hatte, dass 90 Prozent der Nachfrage nach 500-Euro-Noten aus kriminellen Kreisen stammte. Und in Kanada wurde der 1000-Dollar-Schein bereits vor über zehn Jahren auf Empfehlung der Polizei aus dem Verkehr gezogen.

Nationalbank bestimmt Grössen

Ob das Schweizer Parlament die Grösse der einzelnen Notenwerte aber überhaupt beeinflussen kann, ist fraglich. Laut einem Sprecher des Finanzdepartements ist die Stückelung «alleinige Sache der Nationalbank». Und diese sieht derzeit keinen Anlass, von den aktuellen

Notenwerten abzurücken. Auch die nächste Serie werde wieder einen 1000-Franken-Schein beinhalten, sagt Sprecher Meier. Die Note habe eine wichtige Funktion, beispielsweise auch auf dem Auto-Occasionsmarkt oder im Viehhandel.

Wert des Umlaufs von Schweizer Banknoten



Kantone buhlen um Strassengelder

Das zweite Programm des Bundes zur Beseitigung von Engpässen auf den Nationalstrassen sorgt bei der Strassenverkehrslobby und in einigen Kantonen für Ärger. Mit dem ersten Programm von 2009 hat der Bund weitere Engpässe definiert und vier Modulen zugeteilt. Diese erhielten unterschiedliche Prioritäten, und nur Strecken in den ersten beiden Modulen sollen auch tatsächlich ausgebaut werden. Dafür stehen aus dem Infrastrukturfonds 5,5 Milliarden Franken zur Verfügung. Im zweiten Programm schlägt der Bundesrat nun Erweiterungen zwischen Meyrin/Vernier und Le Vengeron GE, Luterbach und Härkingen SO sowie Andelfingen und Winterthur ZH vor. Kosten: 995 Millionen Franken. Gleichzeitig wurden neue Engpässe definiert, bestehende Engpässe vorgezogen oder aber zurückgestuft.

Die Konferenz der kantonalen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren (BPUK) kritisiert diese Änderungen: Solche Rückstufungen «können wir nicht nachvollziehen», schreibt die BPUK in ihrer Vernehmlassungsantwort. Dem Schweizerischen Nutzfahrzeugverband Astag und dem Verband Strassenschweiz sind die limitierten Mittel ein Dorn im Auge. Sie kritisieren die Zweckentfremdung von «Strassengeldern» und fordern eine nachfrageorientierte und bedürfnisgerechte Strasseninfrastruktur.

Anders sehen es linke und grüne Organisationen. Sie möchten Verkehr vermeiden statt zusätzliche Strassen zu bauen. Mehr Platz führe zu mehr Verkehr und höherer Umweltbelastung, sagen sie. (SDA)

Nachrichten

Tropenkrankheiten

Die Tigermücke ist auf der Alpennordseite angekommen

Die Tigermücke, die gefährliche Tropenkrankheiten übertragen kann, befindet sich auf dem Vormarsch. Nun hat der Bund die Jagd auf die Tigermücke auch nördlich der Alpen eröffnet. Unter anderem an Autobahnen wurden 250 Fallen aufgestellt, um Tigermücken auf die Spur zu kommen. Mit dem Pilotprojekt wurde das Schweizerische Tropen- und Public-Health-Institut (Swiss TPH) in Basel beauftragt, wie Projektleiter Pie Müller einen Bericht von Radio SRF bestätigte. «Tatsächlich ist es so, dass die Tropen etwas näher gerückt sind», sagte er. Im Tessin wurde die ursprünglich aus Asien stammende Tigermücke erstmals im Jahr 2003 gefunden. Sie gelangt zum Beispiel mit exotischen Pflanzen, im Passagierraum von Autos oder durch den Handel mit gebrauchten Autoreifen ins Land. (SDA)

Tessin

Der Sindaco von Vico Morcote muss vor Gericht erscheinen

Der Gemeindepräsident von Vico Morcote TI, Luido Bernasconi, muss sich vor Gericht verantworten. Die Tessiner Staatsanwaltschaft hat Bernasconi der mehrfachen schweren ungetreuen Amtsführung zum Schaden seiner eigenen Gemeinde und der mehrfachen Veruntreuung angeklagt. Die Deliktsumme beläuft sich auf fast 800 000 Franken. Bernasconi wird unter anderem vorgeworfen, als Liegenschaftsverwalter Abwassergebühren in der Summe von 230 000 Franken an die Gemeinde nicht gezahlt zu haben. Zudem habe er es versäumt, das Inkasso seiner eigenen Gemeindesteuern in der Höhe von knapp 170 000 Franken zu veranlassen. (SDA)

Spitalfinanzierung

Ab 2014 gelten Fallpauschalen auch für komplexe Pflegefälle

Seit 2012 werden die Leistungen der Spitäler über leistungsbezogene Pauschalen vergütet. Die Tarifstruktur nach Swiss DRG wird jährlich weiterentwickelt; im Januar 2013 trat die Version 2.0 in Kraft. Noch immer wird darin jedoch die Pflege vernachlässigt: In den rund 1000 diagnoseorientierten Fallgruppen wird der unterschiedliche Pflegeaufwand nicht berücksichtigt. Erst ab kommenden Jahr können besonders aufwendige Pflegeleistungen für Spitalpatientinnen und -patienten erstmals erfasst werden. Damit können nun auch komplexe Pflegefälle in die Fallpauschalen einfließen. (SDA)

Bremgarten: Bundesamt für Migration räumt Fehler ein

Ein Stadtplan Bremgartens zeigt 32 Tabuzonen für Asylsuchende. Dass er einem offiziellen Dokument angehängt ist, bezeichnet der Bund als «Versehen».

Von Stefan Häne

Das Dementi kommt postwendend: «Nein, wir haben am Plan nichts manipuliert», sagt Thomas Ruoss von Augen auf. Er reagiert damit auf das seit Dienstag kursierende Gerücht, wonach die Menschenrechtsorganisation die umstrittene Karte gefälscht haben soll. Augenauf ist im Besitz jener Vereinbarung, die das Bundesamt für Migration (BFM) mit der Stadt Bremgarten getroffen hat. Erhalten hat Augenauf das Dokument laut Ruoss vom BFM unter Berufung auf das Öffentlichkeitsgesetz.

Im Anhang der Vereinbarung findet sich der Plan, den der TA am Dienstag publik gemacht hat. Er zeigt 32 Orte und Zonen. Wie Bremgartens Stadtmann Raymond Tellenbach (FDP) gegenüber dem TA mehrfach erklärt hat, ist er davon ausgegangen, dass der Plan verbindlich und die Bewegungsfreiheit der Asylsuchenden dort eingeschränkt sei – und zwar nicht nur auf Schul- und Sportarealen, wie die Vereinbarung explizit festhält, sondern auch an den anderen eingezeichneten Stellen – etwa auf Kirchenvorplätzen. BFM-Direktor Mario Gattiker hingegen sagt, es handle sich um einen falschen Plan (TA von gestern).

Falls dem so wäre: Warum ist der Plan der Vereinbarung beigelegt, einem offiziellen Dokument der Behörden? Das BFM erklärt dies mit einem «Versehen seitens der Behörden» – ohne die Fehlerquelle genauer zu benennen. Auch Tellenbach beantwortet diese Frage nicht.

Gemäss BFM braucht es keinen Plan, weil bereits die Vereinbarung klar festhalte, was zu den sogenannten sensiblen Zonen gehöre. Tellenbach trifft sich heute mit dem BFM, um den Sachverhalt zu klären. In einer E-Mail an den TA schreibt er von einer «Verwirrung», die entstanden sei – und die er erst jetzt bemerkt habe, da er «den Wald vor lauter Bäumen» nicht mehr sehe. Wie das BFM beruft sich Tellenbach jetzt plötzlich nur noch auf die schriftliche Vereinbarung als einzig verbindliches Element.

Linker Appell an Sommaruga

Der Fall Bremgarten beschäftigt die Parlamentarier. Regula Rytz, Co-Präsidentin der Grünen, fragt sich auf Twitter, was falsche Pläne in Vereinbarungen zu suchen hätten. Ihr Parteikollege Balthasar Glättli fordert mehr Transparenz: Das BFM müsse alle bestehenden und künftigen Vereinbarungen mit den Ge-

meinden öffentlich machen. Nur so lasse sich kontrollieren, ob der Bund und die Gemeinden die Grundrechte der Asylsuchenden respektieren würden. Glättli wird dieses Anliegen in der nächsten Sitzung der Staatspolitischen Kommission einbringen. Das BFM indes stellt sich auf den Standpunkt, es handle sich um interne Dokumente. Der Veröffentlichung müssten zuerst alle involvierten Partner zustimmen.

Linke Politiker erwarten zudem von Simonetta Sommaruga (SP) ein Bekenntnis: Die Justizministerin müsse klarstellen, dass unbescholtene Asylsuchende das Recht hätten, sich frei zu bewegen, wie jeder Schweizer auch. «Verbieten muss Frau Sommaruga zudem kollektive Einschränkungen, wie sie in Bremgarten geplant sind», sagt Glättli. Die Justizministerin weilt laut einer Sprecherin derzeit in den Ferien und wird sich am Freitag zum Fall Bremgarten äussern.